



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 7.12.2011
SEK(2011) 1485 endgültig

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

ZUSAMMENFASSUNG DER FOLGENABSCHÄTZUNG

Begleitunterlage zum

BESCHLUSS DES RATES

**über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und
dem Königreich Dänemark andererseits**

**und betreffend die spätere Durchführungsverordnung zum Beschluss über die
Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland
und dem Königreich Dänemark andererseits**

{KOM(2011) 846 endgültig}
{SEK(2011) 1484 endgültig}

1. PROBLEMSTELLUNG

Der **Beschluss 2006/526/EG des Rates** legt den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Parteien in anderen Sektoren als der Fischerei im Zeitraum 2007-2013 fest. So wird festgelegt, dass Grönland insbesondere in den folgenden Bereichen unterstützt werden soll: a) Aus- und Weiterbildung, b) Bodenschätzungen, c) Energie, d) Tourismus und Kultur, e) Forschung und f) Lebensmittelsicherheit. Der Schwerpunktbereich im Rahmen des derzeitigen Finanzrahmens ist der Bereich **allgemeine und berufliche Bildung**. Der **Politikdialog** zwischen den Parteien beschränkt sich nicht auf allgemeine und berufliche Bildung, sondern erstreckt sich auch auf die allgemeine sozioökonomische Lage.

Grönland ist fast so groß wie Europa. Seine 56 000 Einwohner leben über 18 Städte verstreut, von denen keine mehr als 16 000 Einwohner zählt. Aufgrund der **geostrategischen Bedeutung** Grönlands als Partner der EU wie auch als Mitglied des Arktisrads muss das **langfristige Engagement** für diese Partnerschaft fortgesetzt werden.

Grönland hat im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich mit folgenden **Strukturproblemen** zu kämpfen: a) hohes Einfuhrvolumen; b) starke Abhängigkeit der Ausfuhren vom Fischereisektor, c) das Haushaltsdefizit der grönlandischen Regierung, das ohne die Zuschüsse Dänemarks und der EU mehr als 30 % des BIP pro Jahr betragen würde. Der Grund für die Reform der derzeit geltenden Partnerschaft liegt nicht nur darin, dass die **Partnerschaft** EU-Grönland Ende 2013 **ausläuft**, sondern auch in den Herausforderungen, vor denen sowohl Grönland als auch die EU stehen. Dazu zählen unter anderem auch **globale Fragen** wie die immer deutlicheren Auswirkungen des Klimawandels auf Mensch und Umwelt, der Seeverkehr, Forschung und Innovation.

Angesichts der vielfältigen neuen Herausforderungen und Chancen muss die grönlandische Verwaltung **Kompetenzen und Fähigkeiten** fördern, damit das Land politische Konzepte und Strategien festlegen und umsetzen kann. Derzeit ist Grönland sehr stark auf dänische Polizeibeamte und kurzfristig Beschäftigte aus anderen nordischen Staaten angewiesen.

Außerdem sind weitere Verbesserungen im **IKT-Sektor (Informations- und Kommunikationstechnologie)**, unter anderem bei den **Informationssystemen**, erforderlich, um aktuelle und genaue Daten über die Sektorpolitik und makroökonomische Entwicklungen zu erhalten.

2. SUBSIDIARITÄTSPRÜFUNG

Vor dem Hintergrund der Globalisierung werden unterschiedliche interne Politikbereiche der EU (Klimawandel, Umwelt, Arktis-Politik, Energie, Migration, Rohstoffe, Innovation usw.) zunehmend Teil des auswärtigen Handelns der EU und in Einklang mit der Agenda 2020 der EU und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union müssen sich die innenpolitischen und auswärtigen Maßnahmen gegenseitig ergänzen.

Als ein in der Arktis gelegenes Land zählt Grönland zudem zu den Ländern, die dem Klimawandel am stärksten ausgesetzt sind. Die Kapazität zur Bewältigung dieser Herausforderung wird tiefgreifende Auswirkungen auf seine wirtschaftliche Prosperität haben. Die EU sollte aktiv ihre internen Erfahrungen bei der Entwicklung von Maßnahmen und Politiken einbringen, um Grönland in Bezug auf die Aspekte der Anpassung an den Klimawandel und der Milderung seiner Auswirkungen zu unterstützen.

3. ZIELE DER EU-INITIATIVE

Im Rahmen der neuen Partnerschaft sollte der Dialog zwischen Grönland und der EU auf andere Bereiche ausgeweitet werden. **Globale Fragen** wie Klimawandel und Umwelt, Seeverkehr, Forschung und Innovation erfordern **globale Antworten**, wobei die geostrategische Lage Grönlands beachtet und die Zusammenarbeit zwischen den Parteien im Interesse der EU berücksichtigt werden sollten.

Die Strukturschwächen, mit denen Grönland konfrontiert wird, erfordern ein verstärktes Engagement der nationalen Behörden bei der Formulierung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollten zu strukturellen Veränderungen und messbaren Auswirkungen führen, so dass die **Diversifizierung der Wirtschaft** und ein Übergang zu einer langfristig tragfähigen Gesellschaft ermöglicht werden. Die EU sollte Grönland bei der **Formulierung einschlägiger Maßnahmen unterstützen**, indem sie Fachkenntnisse bereitstellt und einen Rahmen bietet für einen zielgerichteteren Dialog, der alle Bereiche der Zusammenarbeit, auf die sich die Parteien verständigt haben, abdeckt (z. B. Bildung, natürliche Ressourcen einschließlich Rohstoffen, die Arktis betreffende Fragen usw.).

4. STRATEGISCHE OPTIONEN

Option 0: „Null-Option“ – kein Finanzinstrument und keine Partnerschaft EU-Grönland.

Option 1: Beibehaltung des Status quo der Partnerschaft EU-Grönland.

Die Partnerschaft EU-Grönland 2007-2013 soll eine umfassende Partnerschaft sein, die dem Bedarf beider Parteien im Hinblick auf die Ausweitung und Stärkung der künftigen Beziehungen zwischen der EU und Grönland entspricht, unter besonderer Berücksichtigung der Fischerei und der strukturellen Entwicklungsprobleme Grönlands.

Option 2: Beibehaltung der aktuellen Struktur der Partnerschaft EU-Grönland, jedoch Änderung im Hinblick auf die Erfordernisse einer engeren Partnerschaft

Die Partnerschaft wird u. a. auf folgende Themen **ausgeweitet**: die Arktis betreffende Fragen, Klimawandel, Umwelt und biologische Vielfalt. Der Dialog sollte ferner auf Ernährungssicherheitsfragen, Energiespeicherung und den Bedarf an Forschungs- und Innovationskapazität ausgeweitet werden. Die **Ausweitung** der Zusammenarbeit **auf neue Bereiche** wie den Klimawandel und die sichere und nachhaltige Energieversorgung (einschließlich Energie, Forschung und Innovation) sowie eine verstärkte

Zusammenarbeit im Hinblick auf natürliche Ressourcen einschließlich Rohstoffen sind von immenser Bedeutung für die EU-Industrie und für die nachhaltige Entwicklung der grönländischen Wirtschaft. Diese Bereiche sind von zunehmender Bedeutung für die EU und verdienen die volle Aufmerksamkeit beider Parteien. Beim Umfang der Finanzierung sollte die Bereitstellung technischen Fachwissens in Betracht gezogen werden; dadurch würde der Kapazitätsaufbau erleichtert und die grönländische Verwaltung hätte Gelegenheit, sich die am dringendsten benötigten Fähigkeiten anzueignen.

Option 3: Neues Instrument

Diese Option und ihre Auswirkungen wurden nicht eingehend untersucht.

5. FOLGENABSCHÄTZUNG

a) Option 0 – „Null-Option“

Wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen

Die Beendigung der im Rahmen der bisherigen Partnerschaft geleisteten Unterstützung für das grönländische Bildungsprogramm wird sich negativ auf die bisher erzielten Fortschritte aufwirken. Ohne Unterstützung des grönländischen Bildungsprogramms werden die Auswirkungen einer besseren Ausbildung für die nachhaltige Entwicklung Grönlands nicht ausreichen, was negative Folgen für andere Bereiche, beispielsweise die Sensibilisierung für Umweltfragen hätte.

b) Option 1: „Status quo“ oder „keine Änderung“

Wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen

Die voraussichtliche Fortsetzung der Unterstützung für die allgemeine und berufliche Bildung im Zeitraum 2014-2020 dürfte weiterhin gute Ergebnisse zeitigen und zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft Grönland beitragen.

Angesichts des Diversifizierungsbedarfs der grönländischen Wirtschaft wird die Aus- und Fortbildung sich positiv auf die Wirtschaft auswirken, da die Arbeitskräfte über angemessene Fähigkeiten verfügen, die erforderlich sind, um die Herausforderungen des Übergangs von einer überwiegend auf die Fischerei ausgerichteten Wirtschaft zu einer stärker diversifizierten Wirtschaft zu bewältigen. Ein verstärktes und besseres Bildungsangebot dürfte sich mittel- und langfristig positiv auf die grönländische Gesellschaft auswirken. Der Ausbau von Kompetenzen und bessere Bildung dürften verbesserte Kenntnisse und ein stärkeres Bewusstsein im Hinblick auf Gesundheits- und Umweltfragen nach sich ziehen.

c) Option 2 – Verstärkte Partnerschaft EU-Grönland

Wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen

Die Ausweitung der Partnerschaft zwischen der EU und Grönland auf andere Bereiche von Interesse wie „Forschung zum Klimawandel“, „Umwelt“, „biologische Vielfalt“, „die Arktis betreffende Fragen“ und „natürliche Ressourcen einschließlich Rohstoffen“ wird die Bereitschaft Grönland zur Formulierung und Durchführung der jeweils erforderlichen Maßnahmen erhöhen und sich durch besser ausgebildete Arbeitskräfte und eine stärker diversifizierte Wirtschaft in ökonomischer Hinsicht positiv auswirken.

6. VERGLEICH DER OPTIONEN

In der nachstehenden Tabelle sind die Vor- und Nachteile der einzelnen Optionen zusammengefasst.

Folgen		Ökonomische Auswirkungen	Soziale Auswirkungen	Umweltauswirkungen	Stärkerer Zusammenhalt	Europäische Sicherheit
Optionen	0. - Kein Instrument	–	–	–	–	–
	1. - Keine Änderung im Vergleich zur heutigen Lage	0	0	0	0	0
	2. - Geändertes Instrument	+	+	+	+	+
	3. - Neue(s) Instrument(e)	Nicht zutreffend	Nicht zutreffend	Nicht zutreffend	Nicht zutreffend	Nicht zutreffend

Auf der Grundlage der vorstehenden Analyse wird Option 2 bevorzugt. Durch eine verstärkte Partnerschaft würden die geostrategische Bedeutung Grönlands in der Arktis sowie die Veränderungen seiner Wirtschaft und Umwelt aufgrund des Klimawandels anerkannt und das Engagement für die Aufrechterhaltung langfristiger Beziehungen zwischen der EU und Grönland verdeutlicht.

7. MONITORING UND EVALUIERUNG

Im Rahmen der bestehenden Partnerschaft haben die Parteien eine Reihe von Indikatoren vereinbart, die die Weiterverfolgung der Gesamtentwicklung der grönlandischen Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen. Kapitel 7.1 der Folgenabschätzung enthält eine vorläufige Liste von Indikatoren in Bezug auf die neue und verstärkte Partnerschaft EU-Grönland. Zusätzliche Indikatoren könnten sich als erforderlich für die neuen Bereiche der Zusammenarbeit erweisen. Dieses Thema wird mit den grönlandischen Behörden weiter erörtert.